

9. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. März 1960

90/J

Anfrage

der Abgeordneten Giegerl, Jessner, Roithner, Haberl, Lackner, ~~Dipl.-Ing. Dr.~~ Weihls und Genossen an den Vizekanzler,

betreffend die Erklärung des Bezirk Voitsberg zum Notstandsgebiet.

- - - - -

Das weststeirische Braunkohlenrevier des Bezirk Voitsberg hat in der vergangenen Zeit seit 1945 über 60 Prozent der Braunkohlenproduktion Österreichs gefördert. Durch die Kohlenabsatzkrise sieht sich die Unternehmung gezwungen, die Produktion von bisher 10.000 Tagenstunden auf 7.000 Tagenstunden zu reduzieren. Das ist ein Förderverlust von rund 900.000 Tonnen pro Jahr oder 30 Prozent der bisherigen Förderung. Dieser Förderverlust wirkt sich selbstverständlich auch auf die Beschäftigungszahl der Belegschaften aus. Bisher waren rund 5.000 Beschäftigte bei den betroffenen Betrieben in Arbeit. In Zukunft soll nach Mitteilung der Bergdirektion Köflach der Belegschaftsstand der Förderziffer angepasst werden, was einer Verminderung der Belegschaften um 1.500 Bergleute und sonstigen Beschäftigten gleichkommt. Darunter befinden sich auch die Belegschaften zweier Betriebe, die wegen Auskohlung im Laufe der nächsten Zeit geschlossen werden, und die Belegschaften jener Betriebe, in denen von der zweischichtigen Arbeitszeit auf die einschichtige übergegangen wird.

Im wesentlichen aber besteht die Tatsache, dass die Kohle als Energieträger immer mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt wird, wodurch gerade das weststeirische Kohlenrevier betroffen wird. Es ist daher vordringlich notwendig, diesem Revier neue Industrie zuzuführen. Die Gemeinden des Bezirk Voitsberg sind bereit, eine solche Aktion durch Beistellung von Baugründen und sonstigen Begünstigungen zu unterstützen. Wirklichen Wert aber bekommt die Aktion erst, wenn auch der Bund durch Anerkennung des Bezirk Voitsberg als Notstandsgebiet diese Aktion unterstützt. Es darf hiebei darauf verwiesen werden, dass sich die gesamte Bevölkerung des Bezirk, gleichgültig ob Bergleute, Gewerbetreibende oder Landwirte, in einer begreiflichen Unruhe befindet.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Vizekanzler die nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Vizekanzler bereit, der Regierung vorzuschlagen, den Bezirk Voitsberg in den Bereich der Notstandsgebiete einzubeziehen?